

geblieben. Hier muss die zu bestimmende Redaktionskommission eine Änderung in dem Sinne vornehmen, dass auch für später jeder Dualismus abgelehnt wird und dass -wenn Differenzen innerhalb der Union nicht mehr zu lösen sind- nur eine Neuformierung der revolutionären Kräfte möglich ist.

Werner HOLLMANN

Holl-Dresden(AAUE) Die Ausführungen über das Wesen der Union können in dem Satz zusammengefasst werden: die Union ist die zeitgemässe Klassenkampforganisation. In dieser Frage besteht zwischen AAUD u. AAUE Einheitlichkeit. Beide Organisationen sind durch die Entwicklung zu der gleichen Schlussfolgerung gekommen. In beiden Organisationen waren mit dem Zurückfluten der revolutionären Bewegung Disharmonien entstanden. Die geschichtliche Entwicklung hat aber hier wie dort zur Erkennung der Fehler und Umstellung geführt.

Zur Frage: wie stellt sich die Union zur übrigen Arbeiterbewegung ist zu sagen, dass die Union mit ihrem Dasein feststellt, dass alles Uebrige unzweckmässig ist. Die Konsequenz hieraus ist die Ablehnung jeglicher anderen Klassenkampforganisation. Damit ist also auch die Frage des Dualismus (KAP) erledigt. Wie die Dinge in der Zukunft aussehen werden, ist nicht mehr eine Frage vom Wesen der Union, sondern ist ein Moment der Umstellung der Menschen. Diese Auffassung erklärt auch, warum die gleichen Erscheinungen in der AAUD u. AAUE aufgetreten sind. Die Tatsachen haben gezeigt, dass die Form allein nicht ausschlaggebend ist und dass die Rede von Einheitsorganisation keineswegs das Problem Führer/Masse erledigt. An dieser Frage sind aber die Spaltungen in der AAUE entstanden. Es ist eine verfehlte Auffassung, dass die Betonung des Subjektiven die Ursache dieser Spaltungen war. Gerade der Mangel an Einsicht, welchen Einfluss die subjektiven Dinge haben, ist Schuld daran. Weil man der objektiven Seite alles zuschob, das subjektive Moment aber eine wichtige Rolle spielte, ist das gekommen. Also nicht Ueberschätzung, sondern Unterschätzung des Subjektiven war der Grund. Wenn man fragt, wie ist die AAUE zur beweglichen Taktik gekommen und sagt: durch die AAUD, so ist daran richtig, dass zweifellos eine Ergänzung und Befruchtung einer Organisation durch die andere gewesen ist. Doch hat die Frage der beweglichen Taktik bereits bei Gründung der AAUE eine Rolle gespielt, nur dass ihre Befürworter in der Minderheit waren (Zwischenruf Mich-Berlin(AAUD): bei uns das gleiche!) Dass die AAUE sich heute allgemein zu dieser Auffassung durgerungen hat, ist ein Erfolg der Minderheit. Zwei Motive sind es, die zu höherer Basis führen: praktische Erfahrung und theoretische Untersuchung. Die AAUE stellt sich die subjektive Erziehung auch nicht schlechtweg so vor, dass nur reine "Erziehung da sein soll, sondern als Lernen bei den alltäglichen Aufgaben verbunden mit der theoretischen Arbeit.

Es muss festgestellt werden, dass in den Ausführungen des Referenten über Wesen und Taktik der Union usw. keine Dinge zu Differenzen vorhanden sind. Wie liegt es aber bei der organisatorischen Seite. Zunächst liegt die Hauptfrage hierbei nicht so, wie sind wir funktionsfähig, durch Reichfunktion an einer Stelle oder Verteilung auf mehrere Stellen?, das ist eine Zweckmässigkeitsfrage. Der Kernpunkt liegt in den Ansichten über die Kompetenzen der Körperschaften, in der Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete. Es kommt darauf an, ob wir praktisch weiter oder näher vom wirkli-

wirklichen Rätssystem stehen. Die praktische Arbeit kann sowohl in der einen wie auch in der anderen Weise geleistet werden. Der Kernpunkt ist die Arbeitsumreissung. Die wesentlichste Einstellung der Körperschaft muss sein, sich überflüssig zu machen. Grundsatz soll nicht sein: wir wollen das und das tun, sondern Was können wir tun, um die Arbeit abzuwälzen, sie an die betreffenden Bereiche selbst abzugeben. Wenn das der Inhalt der Arbeitsausschüsse ist, dann wird eine wirklich reibungslose Abwicklung vorhanden sein, dann bleibt diese Frage nur noch eine Frage der technischen Möglichkeiten. Der Vortrag des Referenten gibt keinen Anlass, von differenzierten Meinungen zu sprechen. Hierzu kann man nur sagen, es ist alles tragbar. Die RK muss jetzt also an die praktische Arbeit herangehen.

Es erscheint ein Genosse des Spartakusbundes aus Spremberg im Auftrage des Spartakusbundes. Er wünscht als Gast an der RK teilzunehmen und berichtet, dass er eine entsprechende Verabredung mit Berliner Genossen hatte, die er aber nicht angetroffen habe. Auer-Berlin(AAUD) ergänzt hierzu, dass der Spartakusbund in Spremberg mit den Forster Genossen der AAUD eng zusammenarbeitet. Hey-Dresden(AAUE) geht kurz auf die Zusammenhänge betr, der Teilnahme des Spartakusbundes an der RK ein und rügt das Verhalten dieser Organisation.

Mich-Berlin(AAUD) hält die Zulassung des Genossen im Interesse eines Vorwärtstreibens der Einigung für richtig.

Es wird beschlossen, den Spartakusgenossen als Gast zur RK zuzulassen.

MÜLLER
(Helmut)

Mül-Leipzig(AAUD) ist der Auffassung, dass die RK nur dann einen tatsächlichen Wendepunkt in der Unionsbewegung sein wird, wenn sie uns frei macht von den hemmenden Fragen wie Doppelorganisation, starre Taktik usw. Die Hauptfrage in der Zukunft muss die sein: wie ist die Lage, wie sind unsere praktischen Aufgaben.

An der Frage der KAP kann die Vereinigung zu einer Spaltung in drei Teile führen. Nach der Meinung Mitteldeutschlands muss diese Frage auch für die Zukunft klipp und klar beantwortet werden. Man kann auch nicht bejahen, was Mich sagte, dass es weniger auf uns, sondern darauf ankommt, wie sich diese Genossen (einer evtl. KAP) zu uns stellen. Nein, die Union muss von sich aus zu allen Dingen Stellung nehmen. Man muss sich fragen, wo könnten Trennungspunkte liegen. Wenn sie da entständen, wo die alte KAP ihre Daseinsberechtigung begründete, im Abgleiten der Union im Reformismus, wäre auch nichts mit einer Doppelorganisation geholfen. Dann käme nur Neuaufbau der Union infrage. Wenn es sich darum handeln sollte, dass sich in der Praxis Verschiedenheiten in der Auffassung herausbildeten, könnte es nur um die Taktik gehen. Dann würde es sich aber nicht um Grundsätzliche, sondern um taktische Fragen handeln. Wenn die Bildung verschiedener Gruppierungen zugegeben wird, müsste es praktisch bedeuten, dass sich nicht eine, sondern gegebenenfalls mehrere KAPs bilden müssten.

Can-Holland erklärt, dass die Frage der KAP in der Vereinigungsdebatte von den holländischen Genossen als nicht so wichtig betrachtet worden ist. Es handelt sich in erster Linie darum, ob ein gemeinschaftlicher Kampfboden vorhanden ist, dann ist die Frage der Vereinigung in der Hauptsache gelöst. Die wichtigste Voraussetzung, die Grundlage ist jetzt gefunden durch die einheitliche Auffassung über den Unter-

Unterschied von Union und Räten. Ob die beiden Organisat-
~~tionen~~ tionen, die diese selbe Meinung haben und propagie-
ren, sich zusammenfinden oder nicht, steht nicht in ers-
ter Linie, wenn es natürlich auch besser wäre und grösse-
Schlagkraft verleihen würde. Die Debatte über die Top-
pelorganisation ist in Holland noch nicht abgeschlossen.
Es sind zunächst noch drei Auffassungen vorhanden (siehe
Pressematerial).

Im allgemeinen ist die Auffassung die, dass diese Frage
vom Praktischen Leben aus betrachtet werden muss. Trotz
des gemeinschaftlichen Bodens müssen sich im wirklichen
Leben verschiedene Ideologien bilden (wie ja die Konfe-
renz selbst beweist). Man muss also alle Meinungen zum
Ausdruck kommen lassen. Genossen mit anderen Ansichten
kann man nicht einfach abschneiden, Gewiss hat man sie
dann ausgeschlossen, aber deshalb sind sie doch noch da,
leben und wirken noch. Als Beispiel in dieser Frage führt
Can die Holländischen Genossen selbst an. Sie sind in
Holland praktisch nichts anderes als Partei, rechnen sich
aber als Glied der Rätebewegung und sind in der Tat doch
auch ein lebendiges Glied der deutschen Unionsbewegung.
Man kann die Türen nicht einfach vor solchen besonderen
Gruppierungen verschliessen. Nur unter einer Voraussetzung
muss man es tun, nämlich vor denen, die Macht über die
Arbeiter haben wollen. Diese Genossen muss man ausschnei-
den, weil sie eben garnicht auf dem Boden des gemeinsa-
men Räteprinzips stehen.
Die Vereinigung sollte nicht auf diese Frage ausgedehnt
werden. Wenn besondere Gruppierungen innerhalb der Union
nicht erlaubt sind, dann werden sie sich eben ausserhalb
bilden. Wir müssen deshalb zwar nicht die Notwendigkeit,
aber doch die Wahrscheinlichkeit der Gruppierungen offen
lassen.

Auer-Berlin(AAUD) knüpft an die Ausführungen des Gen. Holl an,
nach der eine gemeinsame Basis für die Einigung wohl vor-
handen ist -mit Ausnahme kleiner Differenzen um eine Fra-
ge- und dass die Hauptfragen jetzt die praktischen Fra-
gen des Organisationsaufbaues usw. wären. Er erklärt kurz,
wie er die Ausführungen über den eigentlichen Sinn der
Körperschaften verstanden hat und führt anschliessend aus,
dass das Ziel der Körperschaften in dieser geschilderten
Weise zu arbeiten vor und wahren der Revolution praktisch
wohl kaum erfüllt werden kann. Die Hauptsache könnte al-
so weniger der Grad als die Richtung sein. Bemerkenswert
ist, dass in der AAUD der Reichsarbeitsausschuss wohl
vielfach die Arbeiten der Bezirkskörperschaften mit über-
nehmen musste, immer aber seine Kraft auf ein selbststän-
diges Arbeiten der Bezirke einsetzte, dass andererseits
die Reibungen -wo sie wirklich auftraten- gerade dort
gewesen sind, wo ein starker Bezirksarbeitsausschuss vor-
handen war.

Zur Frage der KAP verweist Auer auf die im Thesenentwurf
präzisierten Ausführungen, wo unter anderem gesagt ist,
dass sich aus der Vorwärtsbewegung und der Verschieden-
heit der Entwicklung besondere Formierungen ergeben kön-
nen. Auch die holländischen Genossen haben zu dieser Fra-
ge gutes Material gebracht. Er präzisiert seine Auffas-
sung dahin, dass es den Mitgliedern der Union unbenommen
bleiben muss, besondere Gruppierungen zu bilden, sofern
sie im Rahmen des Prinzipes der Union erfolgen und die
Mitglieder die Organisationsdemokratie wahren.

Lin-Berlin(AAUD) geht auf einen Zwischenruf zu den Ausführungen des Vorredners ein. Er weist darauf hin, dass doch alle Genossen bis jetzt die Frage der Doppelorganisation nur vorsichtig und auf Umwegen berührt haben.

So wie auf der letzten Berliner Mitgliederversammlung diese Frage teilweise behandelt worden ist -wo gesagt wurde, dass man Mitglieder anderer Organisationen aufnehmen will, aber nicht Genossen der KAP, mit denen wir praktisch so manche Jahre Schulter an Schulter wirklich gekämpft haben, geht das nicht.

Lin erinnert an die Gen. Fittkow vom Spartakusbund und Walz von der AAUD, die beide Gegner der beweglichen Taktik waren und doch mit einem Male zur KPD bzw. RGO gegangen sind, ein Beweis, wie rasch die Meinung wechseln kann. Auch wir können also nicht wissen, wie später unsere Ansicht zur Frage der KAP sein wird.

In Bezug auf die Vereinigung mit der AAUE kommt es uns darauf an, ob genügend starke Berührungspunkte vorhanden sind. Da das heute der Fall ist, so wäre es ein Verbrechen, wenn F Fragen als wesentlich in die Debatte geworfen werden, die garnicht so wichtig sind. Die Berliner Formulierung in dieser Sache kann nur die einzig mögliche sein. Sie sagt alles Wichtige und masst sich nicht an, in die Zukunft zu schauen. Von einem Ausweichen vor den Problemen kann dabei garnicht die Rede sein. x)

Die Ausführungen Hol-Dresden begrüsst Lin, da sie die Aufgaben der Körperschaften gut erklären.

Lin ist der Meinung, dass alles weitere sich finden wird, wenn wir erst zusammen wirklich praktisch arbeiten werden. Manche der heutigen Fragen werden dann später vielleicht auf einer höheren Plattform zu lösen sein.

Co-Hamburg(AAUD) Die Frage der Doppelorganisation ist hier teilweise so hingestellt worden, als ob es sich nur um eine organisatorische Frage, um eine Belastung aus der früheren Geschichte handele. Bei der Trennung zwischen AAUE und AAUD standen aber vielmehr die Fragen des Klassenkampfes im Vordergrund. Diese Fragen sind im Thesenentwurf nicht genügend herausgeschält. Gerade die KAP war es, die damals alles das gesagt hat, was wir heute unter beweglicher Taktik verstehen. Die Hauptsache ist, dass wir darin einheitliche Auffassung haben.

COHN

Es ist versucht worden, die Dinge so darzustellen, als ob wir dem Dualismus gehuldigt hätten. Die Linken im Spartakusbund haben aber gleich nach ihrer Bildung immer den Standpunkt vertreten, dass politische und gewerkschaftliche Arbeit eine Einheit wäre. So betrachtet waren die Hamburger immer Einheitler.

Wenn die Union Klassenkämpfer in ihre Reihen aufnehmen will, d.h. einfach Proletarier, die praktisch in den aktiven Kampf eintreten, dann kann sie gar keine kommunistische Organisation sein und dann wird man auch die Freiheit einer schärferen Formierung zulassen müssen. Wir werden praktisch die KAP garnicht los werden können.

x) "Jeder, der sich zu Programm und Satzung der Union bekennt und danach handelt, kann Mitglied der Union werden."

Hes-Berlin(AAUD) stellt fest, dass nach den vorausgegangenen Diskussionen beide Organisationen eigentlich nichts mehr trennt. Doch sind sonderbarerweise von Genossen der AAUE auf einer der letzten Bezirkszusammenkünfte in Berlin -z.B. von Ihl ganz andere Meinungen geäußert worden, die auch heute noch bestehen dürften. Hes verlangt von Ihl, er solle deutlicher zu diesen Fragen werden. Damals hat dieser Genosse erklärt, dass man wohl Genossen der Antifa, Rotfront usw. aufnehmen könne -da sie dadurch in Widerspruch zu ihrer alten Organisation kämen und sich früher oder später selbst entscheiden müssten, d.h. entweder in ihre alte Organisation zurückgehen oder den endgültigen Trennungsstrich ziehen würden-, dass man aber KAP Genossen erst dann aufnehmen könne, wenn sie die Konsequenzen bereits gezogen hätten. Hes ist der Meinung, dass das so nicht geht. Auch bei den KAP Genossen wird erst die Entwicklung nach einer engeren Bindung die Lösung bringen. Wir müssen diesen Genossen die gleichen Zugeständnisse machen wie denen der Antifa usw. Im übrigen unterstrich Hes die Ausführungen Can-Holland.

Da die Zeit bereits weit vorgeschritten ist, wird die weitere Diskussion auf den nächsten Tag vertagt. Es kommt nachmals die Frage der Wahl einer Redaktionskommission zur Sprache. Nach längerer Debatte, in der klar gestellt wird, dass der erste Punkt der Tagesordnung und auch Teile des zweiten Punktes von einer Redaktionskommission bereits bearbeitet werden könnten, wird zur Wahl der Redaktionskommission geschritten.

Es werden in die Redaktionskommission Gewählt:
Mich-Berlin(AAUD), Müll-Leipzig(AAUD), Co-Hamburg(AAUD)
Henz-Berlin(AAUE), Hol-Dresden(AAUE), Kraus-Frankfurt
(AAUE)

MICHAELIS; MÜLLER; COHN; KRAUS; HOLLMANN

3. Tag

(Eröffnung 9,30 Uhr)

Diskussion über Wesen und Taktik.

Par.-Berlin (AAUE.) Friedrich PARLOW

wenn die Union kommunistisch orientiert ist, dann ist sie eine kommunistische Klassenkampforganisation. Somit verfällt die Union nicht Sektierertum, wenn sie die politische Organisation verneint. Mitglied der Union kann jeder werden, der der bisherigen Organisation (RGO.usw.) den Rücken kehrt. Insofern muss auch heute die Frage der KAPD. geklärt werden.

Henz.-Berlin (AAUE.)

erklärt zu der seitens der holländischen Genossen geäußerten Auffassung, dass man sich nicht dem Leben rückhaltslos geben kann wenn man im Klassenkampf steht. Wir sind garnicht mehr der Meinung wie vor 2 Jahren. Ich halte die Zusammenlegung zweier Organisationen für äusserst wichtig. Die Genossen, die den K.P.- Geist in sich tragen, sollen das wertvolle des K.P.- Geistes innerhalb der Union verwirklichen. Damit ist nicht gesagt, dass der abgelehnten K.P.- Praxis insofern eine Berechtigung zugesprochen wird, dass man hieraus die Möglichkeit von Gruppierungen zulässt. Das Wesentliche ist doch die Propagierung und der Kampf um die Verwirklichung des Ratesystems. Henz. verliest nochmals die Stelle der Thesen über die Rolle der gesonderten politischen Gruppierung und erwähnt, dass die Zerschlagung der Union nicht von einer speziellen politischen Organisation geschehen wird, da ja die Zusammenfassung der kommunistischen Kräfte sich auch gleichzeitig wirtschaftlich orientiert.

Metz.- Frankfurt (AAUD.)

A dem Metzger

wendet sich gegen die AAUE., gegen Genossen die in Kulturorganisationen Funktionen übernehmen und darin nur wichtige Aufgaben erblicken.

Metzger (1892-?)

Hey.- Dresden (AAUE.)

Heynemann

Die politische Organisation ist zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, nach seiner Meinung für alle Zeiten erledigt. Infolge der Kleinheit der K.P. kann von einer Abkapselung von den Massen keine Rede sein. Die KAP. wurde eine Partei im alten Sinne. Wenn man den Charakter ändert, muss man auch die Hülle ändern. Es muss den Genossen gestattet werden, auch in Nachbar - Organisationen (Kultur Organisationen) hineinzugehen. Eine Korrektur der Klassenorganisation darf nicht von aussen, sondern nur von innen kommen, damit verfällt die Doppel - Organisation. Die alte Union war ein Kind der Partei und wird nie selbständig gehen lernen. Genossen, die für diese Partei arbeiten, haben die Konsequenzen zu ziehen, resp. sie werden ausgeschlossen.

- Holland (GIK.) APPEL (Jan)

Ob Genossen der Partei, Mitglieder der Union sein können, entscheiden die Ortsgruppen. Man glaubt alle Fragen des Klassenkampfes in einer Organisation lösen zu können. Derartig kann man der Geschichte nicht vorgreifen und eine derartige These nicht für alle Zukunft festlegen. Wenn man glaubt, dass die Entwicklung sich nach aufgezeigten Gedankengängen und bestimmten Bahnen entwickeln muss, überschätzt man seine Kraft. Wir werden uns immer wieder korrigieren müssen. Die Kernfrage für die Proletarier bedeutet in der heutigen Phase des Kapitalismus, das klassenmassige Organisieren. Unter den Umständen, unter denen wir leben, ist die Union nicht die Klasse, sondern nur eine Vorhut. Der Einzelne hat keinen Einfluss auf die gesamte Bewegung. Dem Gang der Dinge sich annähern, ist die Grundbedingung im Rahmen der Union. Man kann verschiedene Auffassungen in der Union dulden, wenn sie nicht grundsätzlich gegen die Grundprinzipien der Union verstossen. Es erfolgt jetzt Umreisung der KPD. Auf Grund ihrer Taktik und Ideologie steht sie (KPD.) dem Kommunismus ablehnend gegenüber. Ihr Inhalt bedeutet in höchster Potenz die Staatswirtschaft. Dieser Beamtenapparat der alten Arbeiterbewegung hat allerdings die Führung der revolutionären Arbeiterbewegung übernommen, und hat sie heute noch. Er kann nur herrschen über die Arbeiterklasse wie der Kapitalismus und bedeutet meiner Ansicht nach die vollendetste Form des Kapitalismus. Für die Arbeiter steht die Frage so, dass sie sich unbedingt Wissen aneignen müssen, wenn es auch schwer fällt. Es genügt nicht nur, auf die Führer zu schimpfen. App. gibt anschliessend marxistische Analyse des Kapitalismus. Zur Frage der Doppelorganisation bemerkt App. eingangs, dass doch die Grundbedingungen im Kampf der proletarischen Klasse die sind, dass sie den Weg zu ihrer Befreiung findet. Die gemeinsame Grundlage kann doch nur die sein, dass alle Kämpfe von der Klasse selbst geführt werden. Allerdings werden hierbei verschiedene Auffassungen an die Oberfläche dringen. Jedoch ist es unsinnig, den Gang der Geschichte vorher bestimmen zu wollen. Man muss sich nicht auf den Weg begeben, selbst eine Partei zu werden, sondern soll endlich versuchen selbst Klassenorganisation zu werden.

.- Chemnitz (SAUD.) Krw.

nimmt Stellung zu Formen und Grundlagen der neuen Arbeiterbewegung. Gegensätzliche Tendenzen sind nicht von aussen in die Bewegung gekommen, sondern aus der Organisation selbst. Die Auffassung von der Union als Klassenorganisation ist ein Bestandteil alter KAP.- Auffassung. So weit man heute sehen kann, besteht in absehbarer Zeit nicht die Möglichkeit, dass grössere Massen zu uns stossen. Zum Prozess des Hineinströmens des Einzelnen zur Union muss gesagt werden, dass die Einstellung über Partei und Gewerkschaften schon abgelegt ist. Sollten sich neue Gruppierungen in der Organisation herauschälen, so besagt dies, dass in der Union etwas nicht stimmt, dass die Organisation den Bedingungen des Klassenkampfes nicht mehr gewachsen ist. Neue Gruppierungen können nur zur Folge haben, das Zerschlagen des alten organisatorischen Rahmens. Neue Gruppierungen, die dem Ratesystem zuwiderlaufen, wird man spalten oder zerschlagen müssen.

W. Liebig

Lbg.- Leipzig (AAUD.)

spricht als Obmann des BAA, Gross - Mitteldeutschland. Was soll die neue Organisation bezwecken, wie soll sie auftreten. Dazu sind in erster Linie notwendig, absolute Klarheit über Prinzipien und absolute Klarheit über innerorganisatorische Fragen. Die Parteivereinigung bei uns ist nicht entstanden, weil wir uns mit den Einheitslern vereinigen wollten, sondern aus geschichtlicher Erkenntnis. Seit ich Mitglied der Union bin, war ich stets Parteiverweiner. Nach meiner Auffassung kann die Union niemals Klassen - sondern nur Klassenkampforganisation sein. Die gesamte Union hat sich den Standpunkt von Leipzig zu eigen gemacht in Bezug auf Klassen - oder Klassenkampforganisation. Das Gemeingut beider Organisationen ist das Räteprinzip. Die ideologische Klärung der Union ist von Leipzig aus gegangen, desgleichen der Name K. A. U.

KAU. soll nicht einen neuen Namen kennzeichnen, sondern darauf hinweisen, dass die Tendenz der Organisation der Kommunismus ist. Die ideologische Einstellung der Einheitsorganisation schliesst sich der der Union in Mitteldeutschland an. Zur Frage der Interlektuellen weist Lbg. darauf hin, dass solange sie sich auf der Plattform der Organisation bewegen, es selbstverständlich ist, sie als Mitglieder zu betrachten. Lin's Ausführungen darüber, dass wir uns den Fall offen lassen müssen für die evtl. Gründung einer neuen politischen Partei, sind falsch und nicht möglich in der Union. Quos und Meier, die am stärksten gegen Leipzig opponiert haben, sind am ehesten zur KPD. gegangen. Die Union ist kein Vorläufer des Räteystems sondern die Organisation, die versuchen will, das Proletariat auf der Grundlage des Räteystems zu organisieren. Zur Frage der Doppelorganisation weist Lbg. daraufhin, dass wir nicht wissen können, ob irgendwelche Gruppierungen in späteren Phasen des Klassenkampfes infolge tieferer Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes benötigt werden. Wir wollen aber um jeden Preis die Diktatur dieser Gruppierung über die Union verhindern. Wir wollen nicht mit grösserer Zahl von Mitgliedern der Union hinters segeln zur AAUE.; das hätten wir längst machen können. Wir wollen Klarheit über Fragen des Klassenkampfes mit beiden Organisationen und dann evtl. Zusammenschluss. Die Differenzen zwischen Mitteldeutschland und Berlin sind auf der Grundlage des Räteystems geklärt. In dem Moment, wo wir nicht mehr in der Lage sind, innerhalb des organisatorischen Rahmens gegensätzliche ideologische Fragen zu regeln, muss der organisatorische Trennungstrich gezogen werden. Wir müssen in der grundsätzlichen Linie das verkörpern, was wir den Proletariern erklären müssen: „Wirtschaftlich-Politische Einheitsorganisation“. Im Jahre 1924 sollte Leipzig ausgeschlossen werden, wegen beweglicher Taktik. Man muss erst versuchen, sich in die Ideologie solcher Genossen hineinzuversetzen, man muss erst von da lernen, wo man lehren will. Wenn heute Mitglieder der Reste der KAP. zur Union kommen, muss man sie aufnehmen. Sie müssen aber mit der KAP. gebrochen haben, weil diese KAP. genau so konterrevolutionär ist wie jede andere Partei. Wenn die Genossen der KAP. diese Einsicht haben, haben sie innerlich damit auch schon gebrochen.

Zaj. - Cuxhaven (AAUD.)

? Zajac (Stavinsland)?

ermahnt zur ruhigen Einsicht zu kommen. Wir sind eine marxistische Klassenkampforganisation. Wir können uns nicht den Genossen aus Holland anschliessen, die jede Meinung respektieren. Marx predigt den ungeschminkten, brutalen Klassenkampf. Danach haben wir uns zu richten. Wir sind eine Ortsgruppe von grosser Mitgliederzahl gewesen, die ausschliesslich Rebellen waren. Die Leute müssen erst geschult werden, müssen auf den marxistischen Standpunkt gebracht werden, dann sind sie Unionisten. Zaj. weist daraufhin, dass er erst 4 Jahre in der Union ist und vorher in der KPD. für die Klassenintressen des Proletariats gekämpft hat. Hat von seiner Ortsgruppe das Mandat erhalten, mit allen Mitteln gegen den Dualismus anzukämpfen. Die Partei ist für uns ein - für allemal erledigt; allerdings soll man die Einigung nicht an dieser Kleinigkeit scheitern lassen. Wir wollen keine Bindung an die politische Partei haben. Diese Streitigkeiten müssen zwangsläufig von der praktischen Arbeit abhalten.

Ihl. - Berlin (AAU.)

ILHAU (Alfred)

Es dreht sich um den Standpunkt Anerkennung eines Dualismus oder nicht. Die Genossen aus Holland verwechseln die AAU mit der Arbeiterbewegung und verwischen die Betriebsorganisation durch die Betriebskerne. Gemeingut der Union und K.P. ist, dass die Arbeiter als Klasse zu kämpfen haben. Ihl. ist der Meinung, dass in der Arbeiterbewegung nur eine einzige Klassenkampforganisation bestehen darf. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass neben der Union noch eine politische Partei kämpft, die dasselbe will wie die Union. Dagegen ist schärfster Kampf zu führen. Der Betrieb resp. die Stempelstelle sind der Zusammenschluss der revolutionären Elemente zu gemeinsamen Kampf. Bei Diskussionen im Betrieb in der Frage der Organisierung in der politischen Partei geht diese nur in sachlicher Diskussion im Betrieb zu regeln. Die Aufnahme von Mitgliedern in der Union bleibt von Fall zu Fall eine taktische Frage.

Auer. - Berlin (AAU.)

Auerbach

weist hin auf die Ausführungen des Genossen Lbg. nach welchen zwei Organisationen zusammentreten, die völlig dasselbe tun. Zur Diskussion steht einerseits die Frage der Doppelorganisation, andererseits die Frage der Aufnahme von Mitgliedern. Lehnt den Grundsatz ab, nach dem die Aufnahme von Mitgliedern davon abhängig gemacht wird, dass sie völlig gebrochen haben mit den Methoden der alten Arbeiterbewegung. "Wenn wir nur Proletarier aufnehmen, die mit allem ausser mit dem Programm der AAU gebrochen haben, dann bekommen wir nur abgeklärte Greise, eine Mitgliedschaft mit langen Bärten." Es folgt die Bekämpfung des Zahlabend - Charakters, - er rügt den Mangel an Material von jugendlichen Genossen innerhalb der Organisation. Die Jugend geht dahin, wo ihr etwas geboten wird, wir müssen andere Methoden in Erwägung ziehen, um an die Jugend heranzukommen. Wir müssen dieser beweisen, dass wir die Methoden der alten Arbeiterbewegung abgelegt haben, müssen das beweisen durch Lebendigkeit und Aktivität. Gibt ein Beispiel von Jugendgenossen im Ruhrgebiet, die er

genau kennt, die durchaus organisiert werden wollen und wir solche auch demzufolge aufzunehmen haben. Wir kämpfen nicht gegen die politische Partei, sondern gegen den KAP. - Geist also gegen den Geist der Bevormundung. Wir müssen die Genossen nicht nur als Mitglieder ansehen, sondern die psychologische Seite in Betracht ziehen; müssen überall Annäherungsversuche machen, überall Proletarier zu gewinnen suchen für den Klassenkampf. Wie stellt sich die Union zu den verschiedenen Strömungen der Mitglieder, wie zu dem Standpunkt, die Einheit zu zimmern und die Schlagkraft der Organisation zu erhalten. Die Grundlage ist das Räteprinzip, die Rätedisziplin, also das demokratische Prinzip. Aufgabe der Union ist es, diese Rätedisziplin bei den Proletariern zu verankern. Dadurch bekommt die Organisation nach aussen hin einen bestimmten Wert bei diesen.

Schwe. - BO. Hamburg (AAUD.)

A. Schreus

Es kommt auf die Denkweise bei uns an, nicht auf das Aushängeschild. Die Geschichte bewegt sich nicht nach den Gesetzen der Logik, wie uns die Erfahrung lehrt. Es kommt nicht nur auf das Wollen der Proletarier an. Wir haben nicht die Notwendigkeit einer politischen Partei zu beweisen, sondern die geschichtliche Notwendigkeit der KAP. Schwe. ist der Meinung, dass sich die Verhandlungen nicht am grünen Tisch erledigen lassen, sondern im praktischen Kampf. Mit dem Wachsen der Organisation werden sich vielleicht Gruppen herausbilden, die auf vorgeschobenen Posten stehen. Man kann das im Voraus nicht feststellen. Zur Kritik an den Sächsischen Genossen ist zu bemerken, dass bei diesen einige idealistische Schrullen zu bemerken sind, welche sich nur durch Selbstkritik und darüber hinaus im Kampf klären lassen. Unsere Kritik muss da einsetzen, wie wir die Dinge in der Aktion sehen, geschichtlich als Klasse, im Kampfe selbst die Schrullen zu meistern.

Mich. - Berlin (AAUD.)

Michaelis

Kritisiert fast alle Versuche, die verschiedenen Auffassungen organisatorisch zu meistern. Die Genossen sehen Wachstums - Hemmungen der Organisation. Wir müssen uns beschäftigen mit der jetzigen Periode, der Periode des Aufstiegs. Beim Hinzuströmen von Proletariern zur Union werden Meinungsverschiedenheiten auftreten zwischen fortgeschrittenen und weniger fortgeschrittenen Elementen. Das Organisationsprinzip muss elastisch sein. Es folgt Zitat aus Programm von 1923 über Partei und Union. Die Partei wurde zur Bevormunderin über die Union. Aus diesem Widerspruch hat sie sich ihr Grab gegraben. Das Räteprinzip muss als Faktor vorherrschen. Gleichgerichtete Praxis, gleichgerichtete Erkenntnis, wodurch einheitliches Vorgehen gewährleistet wird. Die Aufnahme von Mitglieder muss von Fall zu Fall berücksichtigt werden, generell lässt sich kein Paragraph zu dieser Frage schaffen.

Berlin (AAUD.)

Woh.

Weist auf Unstimmigkeiten hin bei der Thesenaufstellung; stellt fest, dass man etwas unterschieben will, was nicht existiert, nämlich die politische Partei. Ferner, dass kein Mitglied der Union Mitglied der KAP. ist. Was in den Reihen der KAP. vorgegangen ist, bedeutet die politische Niederknüpfung der Union. Was uns in der Auffassung von Ihl. und Par. trennt, lässt sich in Zeiten der gemeinsamen Kämpfe in kurzer Zeit abschleifen. Das grundsätzliche der AAU. ist die Betriebsorganisation. Bei der seinerzeitigen Trennung von den Genossen der Einheitsorganisation wurde von diesen beschlossen, dass die Mitglieder der AAU. aus der Partei auszutreten haben. Weist hin auf die Gegensätze in Beurteilung der Parteiverneinung bei Par. und Lbg. Kritisiert ferner bei Bbg. die Auffassung der Parteifrage auf der KWRS. 1930 und heute. Die Frage, ob ein Genosse der KAP. Mitglied der Union sein kann, ist heute für uns keine Frage. Die Klassenkampforganisation ist praktisch in Bewegung zu setzen. Die Grundlage unserer Organisation ist der Betrieb. Im Kampfe selbst zeigt sich der wahre Revolutionär; dann wird sich auch die Stärke der Organisation zeigen. In dieser Situation müssen wir jeden Kämpfer aufnehmen, unbeachtet der Schlacken die ihm anhaften. Sollten diejenigen noch anderen Organisationen angehören, so werden sie auf Grund unserer Taktik selbst mit diesen brechen. Uns trennt in Wirklichkeit von den Genossen der AAU. garnichts, nur die traditionelle Vergangenheit, die Rechthaberei. Jeder soll und muss zulernten. Wir wollen eine Formulierung finden, die ich folgendermassen aufstelle: „Die AAU. die auf Betriebsorganisationen aufgebaute Organisation nimmt jeden auf, der Programm und Taktik anerkennt und danach handelt.“

Hamburg (AAU.)

Cohn

Hamburg steht nicht grundsätzlich auf den Standpunkt der Parteiverneinung. Die Frage der Partei ist ein Beweis dafür, dass gewisse idealistische Begriffe noch nicht restlos ausgeschaltet sind. Die Betriebsorganisation ist die Grundlage der Union, und die Mitglieder haben zu bestimmen, wer aufgenommen wird.

k. - Berlin (AAU.)

Wick

Der Begriff Dualismus entspricht traditionellen Eigenschaften. Er kritisiert Par. unter Hinweis auf die Diskussionreden Lin's und Mich's, die genügend begründet haben. Es kommt uns nicht darauf an, eine besondere politische Organisation innerhalb der Union aufzubauen, die nachher zum Bevormunder über die Union auftritt. Die Union hat die Aufgabe die verschiedenen Auffassungen innerhalb der Organisation auf einen Nenner zu bringen. Die Formulierung von Mich. bietet eine genügende Grundlage für die Vereinigung der beiden Organisationen.

H. ns. - Berlin (AAU.)

F. Heinsler (1903-1986)

Beginnt mit der Kritik am Genossen App. Ermahnt zur Schaffung eines festen Rahmens des Prinzips in organisatorischer Beziehung, im Vergleich zu unseren Gegnern, die uns darin vorbildlich sind. Der Staatskapitalismus ist der feste Rahmen bei der 3. Internationale. Zum Programm

bemerkt er, dass die herzustellende unbedingte Aktionsfähigkeit darin verankert sein muss.

Mich. -- Berlin (AAUD.)

M. Luchis

verliest eine von der Berliner Delegation verfasste Formulierung, siehe Anhang Blatt 1, 1. Teil.

Hierauf tritt eine Besprechungspause von 10 Min. ein nach deren Ablauf

Heiz -- Berlin (AAUE.)

9

im Auftrage der AAUE -- Delegation die im Anhang Blatt 1 2. Teil vorliegende Formulierung verliest.

Um ein Stimmungsbild zu den vorliegenden Formulierungen zu erhalten, werden beide abgestimmt, wobei aus beiden der letzte Absatz, -- da vollkommen gleichlautend -- gesondert abgestimmt wird. Die Formulierung der AAUD. wurde mit 12 Stimmen, die der AAUE. mit 15 Stimmen angenommen. Der letzte Absatz einstimmig von sämtlichen Delegierten. Daraufhin wurden beide Anträge zur Verarbeitung für die Redaktionskommission zurückgestellt und die Debatte weitergeführt.

Auer. -- Berlin (AAUD.)

Auerbach

Die Union muss eine Waffe sein, die die Meinung einheitlich und geschlossen nach aussen dokumentiert. Es ist die Aufgabe der Körperschaften, die ihr übertragenen Arbeiten in Wechselwirkung auf die Bezirke bzw. Gruppen rückstrahlen zu lassen. So wie in den Ortsgruppen und Bezirken sämtliche Aufgaben wie Politische Arbeit -- Propaganda -- Organisation -- Kasse -- VRUK. und Presse zentral erledigt werden, müssen auch im RAA. die notwendigen Aufgaben zentral erfasst werden. So muss der RAA. politische Arbeit -- Propaganda -- Organisation -- Kasse -- VRUK. einheitlich regeln. Dagegen können die Aufgaben der Presse einem besonderen, und die der Internationale ebenfalls einen besonderen Vorort zugewiesen werden. Wir wenden uns deshalb gegen den Vorschlag der AAUE, da wir im Dezentralisationsprinzip ein Nebeneinander -- Arbeiten sehen, was nicht das notwendige geschlossene Auftreten gewährleistet. In der Frage der Presse stehen auch wir auf dem Standpunkt, dass sie einem besonderen Vorort zugewiesen werden kann, da sie eine in sich geschlossene Funktion darstellt. In der Beitragsfrage sind wir der Ansicht, dass in der immer stärker ansteigenden Erwerbslosigkeit ein Pflichtbeitrag deshalb notwendig ist, da durch ein Umlageverfahren, -- d.h. durch eine zeitlich verschiedene Staffelung -- den finanziellen Möglichkeiten der Erwerbslosen nicht Rechnung getragen werden kann. Zur Internationalen Informationsstelle habe ich auf Grund meiner Tätigkeit erfahren, dass meine Kraft zur Erledigung sämtlicher Arbeiten nicht ausreichte. Auer. verliest Brief an die internationalen Gruppen, in welchem er einen Arbeitsplan zwecks gemeinsamer Arbeit bzw. gegenseitiger Unterstützung entwickelte. Die VRUK. wiederum muss schon, um ein gutes Funktionieren derselben zu gewährleisten, ebenfalls dem RAA. angeschlossen sein.

Holl. - Dresden (AAUE.) *Hollmann*
beantragt zur Geschäftsordnung, dass man alle diese Punkte wie folgt einzeln behandelt:
1.) Kommissionen 2.) Finanzierung 3.) Presse 4.) Intern.
Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Hey. - Dresden (AAUE.) *Heymann*
Zum Punkt Körperschaften weist Hey. darauf hin, dass sie in der Frage der B.O.'s und Ortsausschüsse mit der Auffassung der AAUD. vollkommen einig gehen. Die Aufgaben der BAA. sehen wir lediglich in einer bezirklichen Geschäftsführung. Der praktische Gedanke war der, dass die Körperschaften eigentlich Briefträger der Organisation waren. Doch bestanden zu dieser Auffassung von Anfang an insofern Differenzen, da die Körperschaften trotzdem Kompetenzen benötigten, was letztendlich die Praxis bewiesen hat. Dadurch trat in Erscheinung, dass bei uns keine föderalistische sondern ebenfalls zentrale Arbeitsmethode Praxis wurde, welche nicht nur die BAA.'s sondern auch die RIST. zu einer initiativen Körperschaft werden liess. Die Nicht-Zusammenlegung verschiedener Körperschaften an einem Ort beruhte in der Auffassung, dass dadurch die Aktivisierung der Mitgliedschaft stärker gefördert wird. Heute stünde z.B. einer Zusammenlegung verschiedener Körperschaften nichts im Wege, wenn wir auch im Prinzip für unsere alte Auffassung sind. Wenn wir einer Zusammenlegung im Bezirk nichts entgegensetzen, so mit der Einschränkung, dass im Bezirk örtliche Propaganda und Organisation aufgeteilt werden müssen.

Par. - Berlin (AAUE.) *P. Parlow*
wenn wir uns umgestellt haben zur Ablehnung der politischen Organisation, müsste auch logischerweise eine organisatorische Umgestaltung vor sich gehen, und zwar insofern, dass der alte Standpunkt betreffs Existenzberechtigung zentraler Körperschaften überwunden ist. Par. begründet seine Auffassung unter Heranziehung evtl. Illegalität, durch welche zentrale Körperschaften vollständig lahmgelegt sind, wogegen bei einem dezentralisierten Organisationsprinzip alles intakt bleibt. Wendet sich dann noch gegen die Auffassung der Chemnitzer Genossen, deren Argument auf Grund ihrer kurzen Praxis selbst hinfallig würde.

Mich. - Berlin (AAUD.) *Michalski*
Hier stehen sich zwei Auffassungen gegenüber, die grundsätzlich sind. Wir sind nicht der Auffassung, dass durch Übertragung von Funktionen die Mitglieder ausschliesslich geschult werden können. Man kann nicht in einer Klassenkampforganisation experimentieren. In der heutigen Phase des Klassenkampfes ist eine dezentralisierte Form nicht fördernd, sondern hemmend. In einer proletarischen Organisation sind Legislative und Exekutive in einer Hand und zwar in der der Mitgliedschaft. Die Körperschaften als Räte sind ausführende Funktion, die auf den leisesten Druck reagiert. Als Beispiel vereinigt die BO jedes Ressort im Rahmen ihres Betriebes - Finanz, politische Initiative, Propaganda in einer Hand. Auf Grund des auch von der AAUE. anerkannten Räteprinzips in den

Ortsgruppen, sehen wir hier, - wo sich hunderte von B.O.'s entwickeln können - die gleiche Linienführung des Bildes. Ich kann mir kein einheitliches Arbeiten der Gesamtorganisation vorstellen, wenn man nicht täglich das Kräfteverhältnis in der Gesamtorganisation beobachten kann. Der Unterschied der bestehenden Auffassungen ist meiner Ansicht nach auf die Verschiedenartigkeit der Auffassung zu den propagandistischen Aufgaben zurückzuführen. Mich. weist hierbei auf das Beispiel aus der Praxis der AAUD, in ihrer Propaganda zu der Granatenaffäre hin, die durch das zentrale Organisationsprinzip ein systematisches Arbeiten im ganzen Reich ermöglichte. Wir sind auch noch heute der Ansicht, dass nur so, ausgehend von den B.O.'s den Ortsgruppen sich schliesslich, zentral verdichtend in der Reichskörperschaft und von dort wieder zurückschlagend, die notwendige einheitliche Schlagkraft erzielt wird. Die politische Funktion einer Organisation besteht doch darin, die Schlagkraft einheitlich einzusetzen, unter Berücksichtigung und Heranziehung der einzelnen Gruppen. Wenn heute die Reichskörperschaft der Illegalität zum Opfer fällt, kann morgen Grund des Rateprinzips jede Ortsgruppe diese Funktion übernehmen, wenn sie die Kräfte dazu hat. Gegenüber dem Dezentralisationsprinzip der AAUE, stellen wir das revolutionäre Organisationsprinzip der zentralen Zusammenfassung der Kräfte zu einer Kampfeinheit. Hier ist die Stelle wo sich die Geister scheiden müssen, hier muss gesprungen werden.

Holl. - Dresden (AAUE.)

Hollmann

Die letzten Ausführungen des Gen. Mich. sind nicht am Platze, da wir sonst unsere Sachen packen können. Der Unterschied beider Auffassungen besteht nur in einem einzigen Punkte und zwar in der Frage Organisation und Propaganda. Holl. weist daraufhin, dass Presse und Propaganda in ebenso enger Beziehung stehen. Das was Mich. ausgeführt hat, geht über den Rahmen der Kompetenzen der Körperschaft hinaus. Dem Zustand unbegrenzter Möglichkeiten der Körperschaften ist hiermit Raum gewährt. Alles das, was Mich. gesagt hat, umfasst die Propaganda. Führt als Beispiel das Verhältnis Breslaus in Schlesien an in der Bearbeitung von neu aufgenommenen Verbindungen. Die Aufgabe der Propaganda liegt wesentlich in den Bezirken selbst und dient die R.F. ST. nur zur Unterstützung, was eng verbunden ist mit der Mittelbeschaffung für Propagandaschriften, Propagandaunterstützung der Bezirke, Propaganda im einheitlichen Rahmen. Die Organisation dagegen ist lediglich eine Frage der Statistik. Hat z.B. Berlin als RAA. - Organisation und Propaganda - so muss aber eine getrennte Geschäftsführung dergestalt bestehen, dass jeder seine eigene Kasse hat.

Hey. - Dresden (AAUE.)

Heymann

Der RAA. hat die Aufgabe, die Gruppen reichsmässig zusammenzustellen. Die Propagandakommission hat insofern keine Reichsfunktion, da die Propaganda - Initiative in den Bezirken bleibt. Die Mittel - und Befähigungsfrage kann nur in Beziehung der verschiedentlichen örtlichen Notwendigkeiten gebracht werden.